

KREIS BAD KREUZNACH

Montag, 23. April 2012 **10**

Umlage bleibt konstant

VG-RAT Stromberg verabschiedet Haushalt 2012 im zweiten Anlauf / Wann wird Bürgermeisteramt ausgeschrieben?

Von
Benjamin Hilger

STROMBERG. Es ist vollbracht: Im zweiten Anlauf hat der Verbandsgemeinderat Stromberg den Haushalt für das Jahr 2012 einstimmig verabschiedet. In der vorangegangenen Sitzung war das von Bürgermeisterin Anke Denker vorgelegte Zahlenwerk bei Stimmgleichheit abgelehnt worden. Die CDU warf der Bürgermeisterin vor, einige offene Fragen im Vorfeld nicht beantwortet zu haben, weshalb die Christdemokraten dem Plan seinerzeit nicht zustimmten. Zudem soll-

te die geplante Erhöhung der Umlage um einen Prozentpunkt eingespart werden (die AZ berichtete).

Nachdem nun die zuletzt noch ungeklärten Fragen geklärt waren und die Umlageerhöhung vom Tisch ist, stand der Zustimmung zum Haushalt nichts mehr im Wege. Die Umlage bleibt demnach wie im Jahr zuvor bei 37 Prozent. Der Ergebnishaushalt wird mit einem leichten Fehlbetrag von gut 42 000 Euro schließen. Zum Ausgleich des Finanzhaushalts werden rund 89 000 Euro dem Sparschwein entnommen. Investitionen – diese

sind mit etwa 491 000 angesetzt – und die Tilgung der ersten Rate aus dem Konjunkturpaket II werden per Kredit über rund 500 000 Euro finanziert.

Die Stromberger Bürgerin Marlis Klauer – als Mitglied der Wählergemeinschaft Stromberg im Stadtrat – nutzte die Bürgerfragestunde, um von Bürgermeisterin Anke Denker eine Information zur Kommunal- und Gebietsreform zu erfahren. Klauer sagte, das Innenministerium würde – sofern bis 30. Juni dieses Jahres kein eigener Vorschlag kommt – einen Fusionsvorschlag für die Verbandsgemeinde ausarbeiten. Denker er-

läuterte, die gesetzliche Grundlage sei bekannt. Der Verbandsgemeinderat aber hätte ein klares Votum ausgesprochen, eigenständig bleiben zu wollen. Man sei der Meinung, die im Gesetz angegebenen Parameter zur Bewertung der Leistungsfähigkeit von Kommunen seien nicht aussagekräftig. Aktuell sei zudem nur eine Fusion innerhalb eines Landkreises möglich, was – im Falle einer Fusion der VG Stromberg – zu großen Entfernungen führen würde. Im Land, reflektierte Denker abschließend – seien bislang vier Fusionen beschlossen, sieben seien in der Vorbe-

reitung. In acht Fällen laufen intensive Gespräche.

Auf Anfrage der CDU-Fraktion zur Stellenausschreibung des Bürgermeisteramtes mit Blick auf die Urwahl im November (die AZ berichtete) erläuterte Denker, dass die Ausschreibung vor der Zustimmung der Kommunalaufsicht nicht erfolgen kann. Die Bürgermeisterin ist zu diesem Thema Anfang Mai zum Innenminister eingeladen. Danach sei sicher mehr bekannt.

Angenommen wurde eine Spende in Höhe von 1750 Euro, die für die Kinderferienaktion bestimmt ist.